

<b>Antrag</b>	Datum:	13.01.2020
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD</b> <b>Freiwillige Aufnahme unbegleiteter Kinder und Jugendlicher aus den griechischen Flüchtlingslagern</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.02.2020	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration	Vorberatung
04.03.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern heranzutreten, um im Rahmen einer freiwilligen humanitären Aktion darüber zu informieren, dass die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von den griechischen Ägäis-Inseln in Rostock aufzunehmen.

**Sachverhalt:**

Die humanitäre Katastrophe, die sich auf den griechischen Inseln abspielt, ist ein Armutszeugnis für Europa. Besonders traumatisiert werden unter diesen Bedingungen unbegleitete Kinder und Jugendliche. Aktuell werden sie als politischer Spielball im Streit der EU-Mitgliedsstaaten über die Verteilung dieser Kinder und Jugendlichen benutzt. Allein aus humanitärer Sicht, müsste ihnen aber sofort und ohne Vorbedingungen geholfen werden. Potsdam, als koordinierende Stadt im Bündnis „Städte sicherer Häfen“, dem auch Rostock angehört, hat mit einer Initiative die 33 Mitgliedsstädte gebeten zu prüfen, ob sie kurzfristig unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen können. Die Kommunen brauchen dafür die Genehmigung des Bundesinnenministeriums. Die liegt bisher nicht vor, weil z. Zt. noch auf eine gesamteuropäische Verteilungslösung gepocht wird. Schnelle humanitäre Hilfe darf aber nicht an Verfahrens-Diskussionen zwischen EU, Bund und Ländern scheitern!

gez. Eva-Maria Kröger  
Fraktion DIE LINKE.PARTEI

gez. Uwe Flachsmeyer  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Dr. Steffen Wandschneider-Kastell  
SPD-Fraktion

